

Schärfere Gangart einschlagen

GL alv. Die Bildungsausgaben des Kantons sollen um total 78 Millionen Franken gekürzt werden. alv-Präsidentin Elisabeth Abbassi nimmt Stellung zu den vorgesehenen Sparmassnahmen in der Bildung, die an Schulen wie im Verband Entsetzen auslösen.

Jeder kennt das regierungsrätliche Sommer-Ritual: Kaum zurück aus den Ferien, veröffentlicht der Finanzdirektor den neuen Aufgaben- und Finanzplan (diesmal AFP 2017–20). Er beklagt an der Medienkonferenz die schlechte Finanzlage, sieht jedes Jahr noch bedrohlichere schwarze Schuldenwolken über den Aargau aufziehen und verlangt für seine verfehlte Steuerpolitik vorab von der Aargauer Schule neue, völlig unverhältnismässige Opfer.

In der Bildung sieht er einen Kostentreiber mit exponentiellem Wachstum (dies, obwohl die Ausgaben trotz steigender Schülerzahlen in Wirklichkeit bereits heute rückläufig sind!).

In den nächsten vier Jahren sollen die Bildungsausgaben um total 78 Millionen gekürzt werden. Die Schule soll mit 150 Lehrpersonen weniger mehr Kinder und Jugendliche möglichst noch besser fördern (wahrlich, der Mann traut uns etwas zu!).

Kein Vollzeitpensum mehr an der Primarschule

Mit den vorgeschlagenen Kürzungen ist in einer regulären Primarschulklasse kein Vollpensum mehr möglich (es wären dazu mindestens 26 Schülerinnen und Schüler nötig). Deutsch-, Realien-, TW- und Musiklektionen sollen gekürzt werden. Die Beschränkung auf Lesen, Schreiben und Rechnen, das war Regierungsrat-Anwärterin Roth im Frühsommer, heute fallen das Lesen und Schreiben auch noch weg. Offenbar ist der Regierung auch entgangen, dass mit den neuen Vorschlägen ein Stundenplan mit Blockzeiten gar nicht mehr möglich ist. Mit nur einer ungebundenen Lektion, die mit 20 Schülerinnen und Schülern gezwungenermassen fürs Werken eingesetzt werden muss, kann neben dem Textilen Werken die andere Halbklass nicht mehr parallel von der Klassenlehrperson unterrichtet werden. TW am Morgen ist damit nicht mehr



Eines von vielen Sparopfern: Der Musikunterricht. An der Bezirksschule soll eine Lektion wegfallen. Foto: Fotolia.

möglich – zurück in die Urzeit der Schule Aargau! Noch vor einem Jahr sagte der Finanzminister in einem Interview zur Frage nach dem drohenden Qualitätsabbau: «Das esch nid sicher, will d'Chind sind jo höt vellmol zom Teil i de Schuel au überforderet an Hand vom z'vell Wösse ond z'vell ineschufle i chörzischer Zyt» (Roland Brogli in «Schweiz aktuell» vom 28.8.15). Die Schülerinnen und Schüler haben sich offenbar innerhalb nur eines Jahres völlig verändert: Wie sonst lässt es sich erklären, dass ihnen der Regierungsrat heute von dieser kürzesten Zeit noch mehr wegnehmen will? Einer Klasse mit 20 Erstklässlerinnen und Erstklässlern, die im nächsten Sommer in die Schule eintritt, will der Regierungsrat während der Primarschule jede Woche durchschnittlich 2,5 Lektionen oder während der ganzen Primarschule 585 Lektionen wegnehmen (das entspricht 29 Schulwochen eines Erstklässlers). Die weitere unverantwortbare Reduktion von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ist da noch nicht einmal mitgerechnet. Ehrlicher wäre, die erste Klasse ganz wegzulassen und die Schule gleich mit der zweiten zu beginnen.

Auch Sek I und Sek II müssen bluten

Die Realschule soll drei Lektionen, Sek und Bez je zwei Lektionen Geometrisch-technisches Zeichnen verlieren. Auf der einen Seite erwarten die Berufsbild-

nerinnen und -bildner, dass wir unsere Jugendlichen gut auf den Berufseintritt vorbereiten, auf der anderen Seite soll nun dieses Fach gestrichen werden. Da verstehe eine Lehrperson die Welt noch! In der Sek soll eine Lektion Geschichte/Geografie gestrichen werden. Dies in einer Zeit, in der mehr denn je Lehren aus eben diesen Fächern gezogen werden sollten. Die in der Bezirksschule wegzusparende Musiklektion liegt ganz auf der Linie der Konzentration auf Lesen, Schreiben und Rechnen. Zwar beschlossen die Stimmberechtigten im September 2012 per Verfassungsartikel die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen bundesweit – und damit auch im Aargau – zu fördern, das hindert die Regierung aber nicht, das Angebot im Kanton weiter zu reduzieren. Dies wird vor allem die ausländischen Drillschulen freuen, sie können ihren Vorsprung auf unsere Musikausbildung weiter ausbauen und uns bald auch noch die letzten Studienplätze an Musikhochschulen und in Orchestergräben vor der Nase wegschnappen. Uns bleiben dann noch der Jodlerklub, der Frauen- und der Kirchenchor.

Höheres Unterrichtpensum für Mittel- und Berufsschulen

Für die Mittel- und Berufsschulen soll das Unterrichtpensum für die letztes Jahr

verschonten Lehrerkategorien jetzt erhöht werden. Die Behauptung, dies sei ohne Erhöhung der Arbeitszeit möglich, ist zynisch. Die Massnahme entspricht faktisch einem Lohnabbau von über 4 Prozent, da die wenigsten mit einem Vollpensum angestellt sind.

Im Ganzen soll die Aargauer Schule trotz höheren Schülerzahlen mit 147,5 Vollzeitstellen weniger auskommen, was aber eben wie oben beschrieben nicht zu 147,5 Kündigungen führen wird, sondern zu massenweise reduzierten Pensen für die genau gleichen Klassen. Tatsächlich handelt es sich also um einen massiven Lohnabbau: aufwändigere Arbeit für bis zu 11 Prozent weniger Lohn. (Die weiteren 25 Millionen, die der Kanton bis 2020 zusätzlich bei den Löhnen einsparen will, sind in den 11 Prozent noch nicht berücksichtigt).

Kampf gegen Sparpolitik

Der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband ist ob der neu vorgeschlagenen Massnahmen entsetzt. Wir Lehrpersonen können nun definitiv nicht mehr gewissenhaft und fröhlich weiterarbeiten, uns bis zum Unterhemd ausbeuten lassen und gottergeben auf bessere Zeiten hoffen (Der Verband hat dies auch bis heute nie getan!). Bei solch dreisten Vorschlägen müssen auch wir, wenn wir nicht ganz allein die verfehlt Steuerpolitik des Kantons ausbaden wollen, die Gangart weiter verschärfen. Aus vielen Reaktionen im Zusammenhang mit unserer Urabstimmung wissen wir, dass in den Schulhäusern die Wut gegen die jährlich wiederkehrenden Abbaumassnahmen gross ist.

Es gilt nun, gegen diese desaströse Politik anzukämpfen.

1. Die notorischen Kaputtspärer gehören bei den nächsten Wahlen abgestraft. Einfach auf die Partei zu schauen, würde dabei der Sache nicht gerecht. Gerade in Bildungsfragen sind oft eigene Einsichten entscheidender als populistische Parteiparolen (siehe Abstimmungsprotokolle auf der alv-Website). Die Schule Aargau braucht in erster Linie bildungsfreundliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

wie in SCHULBLATT 16 und in dieser Ausgabe vorgestellt. Wir sind 12 000 Lehrpersonen, da müsste uns doch dieser Turnaround gelingen.

2. Lehrpersonen und Schulen sollten Grossrätinnen ihrer Region die konkreten Auswirkungen am Beispiel ihrer Schule erklären. Beispiele aus dem eigenen Dorf füllen die abstrakten Zahlen mit Inhalt und machen die Folgen des verantwortungslosen Streichens unbedingt notwendiger Ressourcen deutlicher.

3. Der alv wird, gestützt auf die Urabstimmung, an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung Protestaktionen beschliessen (vgl. Bei-

trag Seite 22). Ihre Wirkung wird stark von der Beteiligung abhängen. Deshalb gilt es, alle Lehrpersonen, Schulleitenden, Schulpflegenden und natürlich auch möglichst viele Eltern zu mobilisieren. Tausende müssen es sein, nur mit geballter Kraft lässt sich die unsinnige, desaströse Abbaupolitik bremsen – wir älteren Lehrpersonen sind dies neben den Kindern auch unseren jungen Kolleginnen und Kollegen schuldig!

Elisabeth Abbassi, Präsidentin alv

Auch der Gestalterische Vorkurs soll geopfert werden

Den Abbaumassnahmen des Regierungsrates soll auch der Gestalterische Vorkurs an der Schule für Gestaltung Aargau zum Opfer fallen. Zumindest beabsichtigt der Kanton Aargau, dieses Bildungsangebot, das erst kürzlich sein 25-Jahre-Jubiläum feierte, finanziell nicht mehr mitzutragen. Die Konsequenz wird sein, dass künstlerisch-gestalterisch begabte Volksschulabgängerinnen und -abgänger die gestalterische Vorbildung, welche die Volksschule mit zwei Wochenlektionen nicht vermit-

teln kann, in Zukunft selbst berappen müssen und damit die Chancengerechtigkeit Schaden nimmt. Der Gestalterische Vorkurs wird von Lehrbetrieben der einschlägigen Berufe aber weitgehend vorausgesetzt. Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Kreativität in vielen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft ist diese Sparmassnahme besonders fragwürdig.

Dr. phil. Gabriele Stemmer Obrist, Präsidentin Schulvorstand Schule für Gestaltung Aargau



Gegen die Abschaffung des Gestalterischen Vorkurses: künstlerische Protestaktion am 29. August in Aarau. Foto: Timo Ullmann.